

Wen beglückt das BIP?

Hagen Krämer¹

Auf einen Blick

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist einer der zentralen ökonomischen Indikatoren, an dem sich Politik und Gesellschaft orientieren. Seine Steigerung gilt immer noch als eines der vorrangigen Ziele der Wirtschaftspolitik, da mit Wirtschaftswachstum eine Erhöhung des Lebensstandards und des Wohlergehens der Bevölkerung verbunden wird. Eine vom französischen Präsidenten eingesetzte Expertengruppe stellte jedoch jüngst wieder heraus, dass das BIP nicht dafür geeignet sei, das Wohlergehen der Menschen adäquat zu messen. Die Auffassung, dass die Wirtschaft in erster Linie der Lebensqualität zu dienen habe, ist insbesondere durch die in den letzten Jahren neu entstandene Glücksforschung in den Blickpunkt gerückt worden.

Vor wenigen Wochen legte eine hochrangig besetzte internationale Expertenkommission einen umfangreichen Bericht über die Aussagekraft des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vor, der große öffentliche Aufmerksamkeit erregte². Im Auftrag des französischen Präsidenten Sarkozy erstellten 22 namhafte Ökonomen – darunter fünf Nobelpreisträger – unter dem Vorsitz von Joseph E. Stiglitz (Columbia University), Amartya Sen (Harvard University) und Jean-Paul Fitoussi (Institut d'Etudes Politiques de Paris) in ein- einhalb Jahren einen rund 300 Seiten starken Report, der viele bereits bekannte, aber auch einige neue Kritikpunkte am BIP auflistet und eine Reihe von bedenkenswerten Änderungsvorschlägen unterbreitet.

Seit den Pionierarbeiten von John Maynard Keynes, Simon Kuznets und Richard Stone vor rund 70 Jahren ist das BIP das wichtigste und bekannteste Maß für die ökonomischen Aktivitäten einer Volkswirtschaft. Es wurde als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Ökonomie entwickelt, jedoch nicht als generelles Wohlfahrtsmaß konzipiert. Daher lernen Studierende der Wirtschaftswissenschaften bereits in ihrem ersten Semester, dass das BIP kein ideales Maß für den Wohlstand der Nation darstellt. Es krankt an einer Vielzahl von konzeptionellen und praktischen Unzulänglichkeiten, die nicht einfach zu beheben sind. Hierzu zählt die systematische Nicht-Erfassung aller ökonomischen Aktivitäten, die nicht über Märkte erfolgen (insbesondere häusliche und ehrenamtliche Tätig-

keiten), die Probleme bei der Messung der wirtschaftlichen Leistungen des Staates, die mangelnde Berücksichtigung von ökologischen Folgen und von sozialen Konsequenzen (Einkommensverteilung, Arbeitszeit) des Wirtschaftens, um nur einige der wesentlichen Problemfelder zu nennen.

Die internationale amtliche Statistik hat schon zu Beginn der 1990er Jahre auf zentrale Kritikpunkte am BIP als Wohlstandsindikator reagiert. Man entschied sich allerdings dagegen, die traditionelle Berechnungsweise des BIP zu modifizieren, da dadurch notwendig werdende Schätzungen (z.B. über das Ausmaß des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen, der Umweltverschmutzung oder des Umfangs der unbezahlten Arbeit) die Aussagekraft des BIP eher reduzieren denn steigern würden. Stattdessen ergänzte man die Berichterstattung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um so genannte Satellitensysteme.³ Anstatt zum Beispiel das BIP um bei der Produktion entstehende Umweltschäden zu korrigieren und etwa ein „Ökosozialprodukt“ zu konstruieren, weist das Statistische Bundesamt seit längerem die „Abnutzung“ des Naturvermögens in der jährlich erscheinenden Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) aus.⁴

Die Kritik am BIP ist nicht neu, wozu dann eine neue Initiative?

Die Stiglitz-Kommission greift zwar auch die traditionellen Kritikpunkte am BIP wieder auf, setzt sich aber darüber hinaus für eine prinzipielle Abkehr vom bisherigen vorwiegend produktionsorientierten Berichtssystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein. An seine Stelle soll ein umfassenderes statistisches Konzept treten, in dessen Mittelpunkt das Wohlbefinden der gegenwärtigen und der künftigen Generationen steht und mit dem der gesellschaftliche Fortschritt in all seinen Ausprägungen adäquat gemessen werden kann.⁵ Eine der Kernbotschaften des Berichts lautet daher: „...the time is ripe for our measurement system to *shift emphasis from measuring economic production to measuring people's well-being*“⁶.

Dass das Ziel des ökonomischen Prozesses die Maximierung des Wohlbefindens der Bevölkerung sein solle, ist durch die Forschung zur Lebenszufriedenheit (auch Glücksforschung genannt) in jüngerer Zeit vermehrt in den Blickpunkt gerückt worden. Bei der modernen Glücksforschung geht es vereinfacht gesprochen darum

herauszufinden, was die Lebenszufriedenheit der Menschen hemmt und was sie fördert. Im Zusammenhang mit dem Stiglitz-Bericht interessiert im Folgenden vor allem die Verbindung von Wohlstand und Lebenszufriedenheit, von BIP und Glück.

Eine der zentralen Feststellungen der ökonomischen Glücksforschung lautet, dass die Lebensqualität ab einem bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungsstand nur noch recht wenig mit materiellem Reichtum zu tun hat. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu den gängigen Aussagen der traditionellen Wirtschaftswissenschaften. Denn die neoklassische Theorie geht üblicherweise davon aus, dass die Steigerung des individuellen wie auch des gesamtwirtschaftlichen Einkommens zu einem größeren Wohlbefinden der Menschen führt. Die Glücksforschung hat die zentrale Rolle, die das Bruttoinlandsprodukt in der Wirtschaftspolitik sowie in der theoretischen Makroökonomik traditionell spielt, jedoch stark infrage gestellt.⁷

Die dynamische Entwicklung, die die moderne ökonomische Glücksforschung in den letzten Jahren erfahren hat, ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass heutzutage Verfahren existieren, mit denen menschliches Wohlbefinden gemessen werden kann. Zu nennen sind dabei zum einen die neuen Methoden der Neurobiologie (Hirnscans usw.), mit denen „Glücksgefühle“ mess- und sichtbar gemacht werden können. Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Menschen selber zu befragen, wie zufrieden sie mit ihrem Leben sind. Solche Befragungen werden seit einigen Jahren mit anerkannten Methoden der empirischen Sozialforschung in vielen Ländern der Welt durchgeführt, so dass mittlerweile genügend Daten zur Verfügung stehen, um zeitliche Entwicklungen studieren oder um internationale Vergleiche durchführen zu können.⁸ In Deutschland führt zum Beispiel das beim DIW, Berlin, angesiedelte Sozio-ökonomische Panel (SOEP) solche repräsentativen Erhebungen seit 1984 durch und hat so eine gute empirische Basis im Zeitvergleich.

Das „Easterlin-Paradox“, relatives Einkommen und Habituation

Wie verhält es sich nun mit dem Zusammenhang von BIP-Zuwachs und der Veränderung der empfundenen Lebenszufriedenheit? Wenn man entsprechende Datenreihen über längere Zeiträume betrachtet, stellt man fest, dass in ärmeren Län-

dern eine Steigerung des materiellen Reichtums eindeutig zu einem Anstieg von Glück und Lebenszufriedenheit führt. Dieses Ergebnis sollte nicht verwundern, denn mit wachsendem realem Pro-Kopf-Einkommen lindert sich die materielle Not in armen Ländern spürbar. Bei Ländern mit einem hohen Pro-Kopf-Einkommen gilt der Zusammenhang jedoch nicht: Wenn erst einmal ein hohes Wohlstandsniveau erreicht ist (ab etwa 20.000 USD), führt eine Erhöhung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens nicht mehr zwangsläufig zu einer Steigerung des durchschnittlichen Wohlbefindens der Menschen. Bereits 1974 hat der amerikanische Ökonom Richard Easterlin diesen Sachverhalt für die USA festgestellt. Seitdem ist dieses Phänomen als „Easterlin-Paradox“ bekannt geworden und in die Literatur eingegangen. Diverse empirische Studien haben diesen Befund auch in jüngerer Zeit und für andere Länder bestätigt: Eine gesamtwirtschaftliche Einkommenserhöhung macht die Bevölkerung eines reichen Landes insgesamt nicht zufriedener.

Anders sieht es jedoch aus, wenn ein Einzelner reicher wird. Für das Glück eines Individuums spielt es nämlich durchaus eine Rolle, ob nur es auf der Einkommensleiter eine Sprosse nach oben klettert oder ob der Durchschnitt der Gesellschaft wohlhabender wird. Denn für den Einzelnen ist in einer entwickelten Gesellschaft der Vergleich zu den anderen höchst relevant. Den meisten Menschen ist ihr Status und Rang in der Gesellschaft wichtig. Die Erkenntnis ist an sich nichts Neues und Überraschendes – zumindest nicht für Soziologen und Anthropologen.⁹ Die Standardannahme der neoklassischen Lehrbuch-Ökonomie lautet jedoch, dass die Präferenzen der Individuen gegeben und individuell unabhängig voneinander seien. Unterstellt wird, dass die Individuen nur auf sich, auf ihr Einkommen, auf ihre Konsumgüter schauen und sie vom Verhalten ihrer Mitmenschen vollkommen unbeeinflusst seien. Das sind sie aber realiter offenkundig nicht. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass in einer Wohlstandsgesellschaft die so genannten „positionalen Güter“ einen hohen Stellenwert haben, also Güter, die nicht beliebig vermehrbar sind und die gerade deswegen attraktiv sind, weil sie nicht allen zu Verfügung stehen. Ein überdurchschnittliches Einkommen ist für den Einzelnen erstrebenswert, weil es der Schlüssel zur Erlangung von positionalen Gütern ist. Ist das Existenzminimum erreicht, hat das Geld nicht mehr die vorwiegende Funktion, Güter zum Zwecke der Bedürfnisbefriedigung zu kaufen, son-

dern mit Geld wird auch ein bestimmter gesellschaftlicher Status erworben. Da ein Statuswettbewerb jedoch nicht nur Sieger, sondern auch Verlierer kennt, ergibt sich bestenfalls ein Nullsummenspiel, das heißt der Glückerzuwachs der Sieger wird vom Rückgang des Wohlbefindens der Verlierer neutralisiert.¹⁰

Und noch etwas anderes erklärt, warum mehr Einkommen nicht zwangsläufig glücklicher macht: der Gewöhnungseffekt. Da wir uns im Allgemeinen rasch an die angenehmen Umstände eines steigenden Lebensstandards gewöhnen (Habituierung), benötigen wir ein permanent steigendes Einkommen, um uns glücklich zu fühlen. Wie in zahlreichen Untersuchungen bestätigt wurde, wachsen die materiellen Ansprüche der Menschen in entwickelten Ländern mit ihrem tatsächlichen Wohlstandszuwachs mit. Bereits die Aufrechterhaltung des Status quo wird dann von ihnen als unbefriedigend empfunden.

Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik

Eine der zentralen Schlussfolgerungen der Glücksforscher lautet, dass die Wirtschaftspolitik, aber auch die Wirtschaftstheorie, berücksichtigen sollte, dass mehr Konsum die Menschen auf Dauer nicht zwangsläufig zufrieden stellt. Der renommierte britische Ökonom Richard Layard fordert daher ein radikales Umdenken und „...eine Wirtschaftstheorie, die die Erkenntnisse der neuen Psychologie einbezieht“¹¹. Dazu gehört z. B., dass man inkonsequentes, irrationales und unsystematisches Verhalten, das zwar dem Homo oeconomicus der ökonomischen Modellwelten fremd ist, das aber den typischen Menschen in der Realität charakterisiert, auch als Normausprägung menschlichen Verhaltens in theoretischen Modellen verwendet.

Layard leitet aus den Ergebnissen der Glücksforschung ganz im Sinne des „hedonistischen Utilitarismus“ eines Jeremy Bentham die Erkenntnis ab, dass Gesellschaft und Politik eine aktive Rolle bei der Steigerung der Lebenszufriedenheit der Menschen wahrnehmen sollten. Da Menschen häufig nicht rational handeln und daher ihres eigenen Unglücks Schmied seien, sollte der Staat bzw. die Gemeinschaft hier steuernd eingreifen. Beispielsweise sehen die Menschen mehr fern als ihnen gut tut, weil sie (langfristige) Kosten und (kurzfristigen) Nutzen bei ihrer Entscheidung systematisch falsch gewichten. Sie entscheiden sich wegen eines höheren Einkommens für weiter entfernte Arbeitsplätze,

um dann festzustellen, wie unzufrieden sie die langwierige Pendelei macht. Manche Menschen rauchen, obwohl sie es längst aufgeben wollten und sind dankbar, wenn ihnen eine höhere Tabaksteuer bei der Umsetzung ihres Vorsatzes hilft. Doch viele bezweifeln, dass es den gut meinenden „Vater Staat“ geben könne bzw. solle. Es stellt sich daher die Grundsatzfrage, ob der Staat das Recht haben dürfe, den Menschen zu ihrem Glück zu verhelfen? Lässt sich Paternalismus ethisch und ordnungspolitisch rechtfertigen?

Layards Folgerungen und gesellschaftspolitische Empfehlungen (z. B. höhere Grenzsteuersätze, Eindämmung der Mobilität, Priorität der Vollbeschäftigung gegenüber der Preisstabilität, aktivere Rolle des Staates) sind nicht unwidersprochen geblieben. Überzeugte Verfechter der freien Marktwirtschaft und eingeschworene Staats skeptiker ziehen gerade die umgekehrten Schlüsse aus der neuen Glücksforschung. Die Deutsche Bank Research bezeichnete die marktliberalen angelsächsischen Länder (USA, GB, Neuseeland) als „glückliche Varianten des Kapitalismus“, die einen Vorbildcharakter für uns haben sollten.¹² Empfohlen wird – vollkommen konträr zu den Ratschlägen Layards – eine größtmögliche Arbeitsmarktflexibilisierung und eine weitgehende Reduzierung des Kündigungsschutzes. Auch Bruno S. Frey, einer der führenden europäischen Glücksforscher, gehört zu denen, die die Menschen nicht aus ihrer Selbstbestimmung und Eigenverantwortung entlassen wollen. Für Frey ist eines der wichtigsten Ergebnisse der Glücksforschung, dass wirtschaftliche und poli-

tische Freiheit die Menschen nachhaltig zufrieden stellen. Er warnt davor zu glauben, dass die Regierung eine Instanz sein könne, die uns sagt, wie wir glücklich werden können.¹³

Die Glücksforschung steht noch relativ am Anfang. Dass die Debatte so konträre Schlussfolgerungen hervorbringt, zeigt, dass noch viele Fragen einer gründlicheren Analyse bedürfen. Allerdings behandelt die Glücksforschung Fragestellungen und legt Schlussfolgerungen nahe, bei denen Werturteile nicht außen vor bleiben können. Dies lädt zur Kontroverse ein. Bei der Ausgestaltung gesellschaftlicher Institutionen und politischer Prozesse können die Erkenntnisse der modernen Glücksforschung jedoch neue Perspektiven eröffnen. Darüber hinaus scheint es lohnend, eine neue Debatte über die Bedeutung von Konsum und Wohlstand zu führen. Dabei geht es nicht darum, den Wohlstand zu verteuern und der materiellen Entsagung das Wort zu reden. Technischer Fortschritt und materieller Wohlstand können uns helfen, ein sorgenfreieres und glücklicheres Leben zu führen. Wir sollten sie aber allenfalls als Mittel zum Zweck betrachten, also als Instrument, nicht als Ziel an sich. Das Ziel der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik sollte sein, sich am allgemeinen Wohlbefinden der Menschen auszurichten. Und in diesen Zielkatalog gehört wesentlich mehr hinein als nur die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. In dieser Hinsicht gibt der Bericht der Stiglitz-Kommission zahlreiche bedenkenswerte Anstöße, die es wert sind, auch in Deutschland intensiver diskutiert zu werden.

1 Hagen Krämer ist Professor für Economics an der Hochschule Karlsruhe.

2 J. Stiglitz, A. Sen, J.-P. Paul Fitoussi (2009), Report of the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, Paris (www.stiglitz-sen-fitoussi.fr).

3 N. Schwarz (2005), Der Beitrag der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zur sozioökonomischen Modellierung, 14. Wissenschaftliches Kolloquium des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, April. (<http://kolloq.destatis.de/2005/schwarz.pdf>).

4 Da bei einer Monetarisierung von Umweltvermögen zahlreiche Bewertungsprobleme existieren, empfiehlt auch die Stiglitz-Kommission, physische Indikatoren für Naturvermögen zu verwenden.

5 Strittig ist dabei, ob anstelle des BIP ein neuer Indikator treten sollte, der vorwiegend das Wohlbefinden der Bürger abbildet (etwa so, wie es Bhutan macht, das versucht, mit dem sogenannten „Gross National Happiness“-Indikator (GNH) das Glück seiner Bürger zu quantifizieren), oder ob man ergänzende Wohlfahrtsindikatoren im Rahmen der VGR-Satellitensysteme aufbauen sollte.

6 Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009), a.a.O., S. 12. Hervorhebung im Original.

7 Vgl. auch G.A. Akerlof (2007), The Missing Motivation in Macroeconomics, American Economic Review, Bd. 97, Nr. 1, S. 5–36.

8 Vgl. bspw. die „World Database of Happiness“ (<http://worlddatabaseofhappiness.eur.nl>).

9 Allerdings hat Thorstein Veblen bereits im Jahr 1899 die Bedeutung des sozialen Status' hervorgehoben.

10 Wenn eine zunehmende Einkommensungleichheit starke negative Externalitäten verursacht, wird es sogar zu einem Negativsummenspiel kommen.

11 R. Layard (2005), Die glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Frankfurt/New York, S. 153. Layard widmet sein Buch dem Psychologen und Wirtschaftsnobelpreisträger Daniel Kahneman.

12 Vgl. S. Bergheim (2007), Die glückliche Variante des Kapitalismus, Deutsche Bank Research, 2.4.07, Frankfurt.

13 Vgl. B.S. Frey (2008), Happiness: A Revolution in Economics, Cambridge (USA) und London.